Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Liebe Leserinnen und Leser,

nach meinen vielen Begegnungen im Wahlkreis in der letzten Woche, stand diese Woche die Haushaltswoche hier im politischen Berlin auf der Tagesordnung. Darüber hinaus haben wir – als SPD – in den letzten Tagen einige wichtige Weichenstellungen für unser Land erreicht.

Kanditat für das Bundespräsidentenamts

Wir – als SPD – haben uns mit dem Koalitionspartner CDU/CSU auf Frank-Walter Steinmeier als Kandidat für das Bundespräsidentenamt verständigt. Aus meiner Sicht also auf den bestmöglichen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten!

Seine Erfahrung und die breite Wertschätzung seiner Person prädestinieren ihn für dieses Amt. Gerade in unseren bewegten Zeiten ist seine Nominierung ein wichtiges Signal der Stabilität unseres demokratischen Systems. Frank-Walter Steinmeier hat bei der Wahl des Bundespräsidenten die volle Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion!

Populismus und Protektionismus: Herausforderungen für Europa

Der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA ist von den meisten von uns so nicht erwartet worden. Nun gilt es einen kühlen Kopf zu bewahren. Denn wir haben als Deutsche ein fundamentales Interesse daran, dass eine funktionierende transatlantische Partnerschaft mit den USA auf der Grundlage unserer gemeinsamen westlichen Werte erhalten bleibt.

Unsere Gesellschaften stehen vor vielfältigen Herausforderungen: zunehmender Wettbewerb durch Globalisierung, soziale Ungleichheit, Flüchtlingsbewegungen und nicht zuletzt die Bedrohung durch den Terrorismus. Nationalismus und Protektionismus sind hierauf jedoch die falschen Antworten. Es muss es uns daher mit Sorge erfüllen, dass nationalistische und populistische Strömungen beiderseits des Atlantiks an Einfluss gewinnen. Denn sie propagieren Abschottung nach außen und spalten mit ihren Parolen die Gesellschaft im Inneren. Ihre Erfolge sind zugleich ein Weckruf an alle Demokraten, sich Hetze, Hass und sprachlicher Verrohung entschlossen entgegenzustellen. Denn Demokratie lebt vom gegenseitigen Respekt und von dem fairen Austausch von Argumenten.

Ich bin überzeugt: Gerade in Zeiten der Unsicherheit und des Wandels ist es entscheidend, dass die Menschen das Vertrauen in die Solidarität der Gesellschaft und in die Handlungsfähigkeit des Staates nicht verlieren. Nur so können wir unsere liberale, freie Gesellschaft gegen gefährliche Spaltungstendenzen verteidigen.

Deshalb machen wir Sozialdemokraten eine Politik, die sich um die konkreten Alltagsprobleme kümmert: *um gute Renten und auskömmliche Löhne, um bezahlbaren Wohnraum und mehr Kinderbetreuung, um gute Schulen und um wirksamen Schutz durch mehr Polizei.*

Haushalt 2017: Investitionen in Sicherheit und sozialen Zusammenhalt

2017 tritt der letzte Bundeshaushalt der Großen Koalition in Kraft. Der Bund wird seine Ausgaben im nächsten Jahr erneut ohne neue Schulden finanzieren. Damit zeigen wir Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen. Für mich macht sich finanzpolitische Vernunft allerdings nicht allein an einem ausgeglichenen Haushalt fest, sondern auch daran, dass wir an der richtigen Stelle in eine gute Zukunft investieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat daher bei den parlamentarischen Beratungen dafür gesorgt, dass der Bund mehr Mittel zur Verfügung stellt, um sozialen Zu-

sammenhalt und öffentliche Sicherheit in unserem Land zu stärken.

Mit dem Bundeshaushalt 2017, den wir in dieser Wochen im Plenum abgeschlossen haben setzen wir den sozialdemokratisch geprägten Kurs der großen Koalition fort: Wir beschließen den Einstieg in das von Sigmar Gabriel im Frühjahr durchgesetzte Solidarprojekt, stärken die innere Sicherheit und investieren noch einmal massiv in die Bekämpfung von Fluchtursachen und die humanitäre Hilfe.

Durch eine Änderung im Haushaltsgesetz schaffen wir schließlich sogar wieder die Möglichkeit, alte Schulden zu tilgen.

Einstieg in das von Sigmar Gabriel durchgesetzte Solidarprojekt!

Im März dieses Jahres hat Sigmar Gabriel ein Solidarprojekt in einem Umfang von über 20 Mrd. Euro bis 2020 durchgesetzt. Nächstes Jahr beginnen wir mit der Umsetzung des Solidarprojektes, dass heißt: 5 Mrd. Euro mehr für sozialen Wohnungsbau, soziale Integration, Familien und Langzeitarbeitslose.

Konkret umfasst das Solidarprojekt im nächsten Jahr unter anderem Folgendes:

- ✓ Für Integration in Arbeit und Ausbildung geben wir 2,2 Milliarden Euro in 2017 zusätzlich aus. Wir investieren damit sowohl in einen schnelleren und besseren Einstieg in Arbeit und Ausbildung der Flüchtlinge, z.B. durch ausbildungsbegleitende Hilfen und berufsbezogene Sprachförderung, als auch in Maßnahmen für Langzeitarbeitslose. Zudem schaffen wir niedrigschwellige Einstiegsangebote durch Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen
- ✓ Für Wohnungsbau und Stadtentwicklung geben wir 2017 insgesamt 1,3 Milliarden Euro zusätzlich aus. Bezahlbarer Wohnraum für alle bietet Vorsorge gegen Ausgrenzung und verhindert Verdrängungswettbewerbe.

Die Kompensationsmittel für den sozialen Wohnungsbau werden 2017 auf 1,5 Mrd. Euro verdreifacht, hinzu kommt die Erhöhung der Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ um 300 Millionen Euro. Darüber hinaus haben wir im parlamentarischen Verfahren das Programm „Altersgerecht Umbauen“ mit 75 Mio. Euro verlängert und ein 100-Mio-Programm für die Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Kultur und Jugend beschlossen.

✓ Eine zusätzliche Milliarde haben wir vorgesehen für Sprachförderung und Integrationskurse, aber auch für Maßnahmen der inneren Sicherheit, unter anderem bei der Bundespolizei.

✓ Wir investieren weitere 226 Millionen Euro in 2017 und 300 Millionen Euro ab 2018 in den Ausbau der Kinderbetreuung und schaffen neue Kitaplätze für alle. Für den Kita-Ausbau stellt der Bund im Jahr 2017 damit insgesamt rund 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Wir erhöhen die Mittel für Sprachkitas deutlich um zusätzliche 150 Millionen, um dem besonderen sprachlichen Förderbedarf gerecht zu werden. Außerdem erhöhen wir die Mittel für Extremismusprävention und Demokratieförderung.

Wir stärken die Innere Sicherheit!

Wir stärken massiv die deutschen Sicherheitsbehörden. Ein erstes Sicherheitspaket mit zusätzlichen 920 Stellen und fast 180 Millionen Euro an Personal- und Sachmitteln war bereits im Regierungsentwurf enthalten. Mit einem zweiten Sicherheitspaket im parlamentarischen Verfahren gibt es bis 2020 zusätzliche 4.300 neue Stellen und rund 880 Millionen Euro an Personal- und Sachmitteln im Sicherheitsbereich. Davon profitiert besonders die Bundespolizei mit jetzt zusätzlichen 2000 Stellen für 2017. Damit weiten wir die ursprünglich von Sigmar Gabriel im vergangenen Jahr durchgesetzte Stärkung der Bundespolizei sogar noch aus. Ebenfalls für die Bundespolizei haben wir in den parlamentarischen Beratungen ein massives Stellenhebungsprogramm für 1000 Stellen beschlossen, um den Beförderungsstau im mittleren und gehobenen Dienst endlich zu beenden.

Des Weiteren haben wir ein Programm zur Modernisierung von Liegenschaften, die Ausfinanzierung von drei Einsatzschiffen sowie die Neubeschaffung bzw. Umrüstung von drei Transporthubschraubern durchgesetzt.

Ihr SPD Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Coesfeld / Steinfurt II

Trotz der aktuellen Mehrbelastungen haben wir es in der Bereinigungssitzung geschafft, zusätzliche Impulse im Haushalt zu setzen, unter anderem:

- ✓ Wir stärken die Kultur in Deutschland für verschiedene Projekte mit rund 250 Mio.
- ✓ Für die Entwicklung der ländlichen Räume stellen wir 30 Mio. Euro bereit.
- ✓ Wir verlängern das Programm „Altersgerechtes Umbauen“ mit einem Volumen von insgesamt 75 Mio. Euro. Jetzt können wieder Anträge bewilligt werden.
- ✓ Im Familienministerium setzen wir verschiedene Impulse: 15 Mio. mehr für Sprachkurse für ausländisch Hochschulabsolventen (C 1), 8 Mio. mehr für die Jugendmigrationsdienste, 8 Mio. mehr für die Wohlfahrtsverbände und 3 Mio. mehr für die Jugendfreiwilligendienste 2 Mio. Euro mehr für die Jugendverbandsarbeit.
- ✓ Für die Industrielle Gemeinschaftsforschung stellen wir 30 Mio. Euro mehr bereit
- ✓ Die Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie stärken wir mit 5 Mio. Euro
- ✓ Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt erhält 42 Mio. Euro mehr für sechs neue Institute

- ✓ Die Institute der Fraunhofer-Gesellschaft erhalten jährlich 60 Mio. € mehr
- ✓ Für Klimaschutz und Biologische Vielfalt stellen wir in den nächsten Jahren insgesamt 70 Mio. Euro mehr bereitDas Goethe-Institut erhält nächstes Jahr 8 Mio. Euro mehr, für eine neue Fachhoch-schule in Ostafrika erhält das Auswärtige Amt insgesamt 4 Mio. Euro
- ✓ Die Bundespolizei erhält 35 Mio. für einen neuen Transporthubschrauber, 8 Mio. für Modernisierung von Liegenschaften und ein umfassendes Stellenhebungsprogramm (1000 Hebungen).
- ✓ Das THW erhält für Jugendverbände und Nachwuchswerbung 3 Mio. sowie ein mehrjähriges Fahrzeugprogramm von insgesamt 100 Mio. Euro.

- ✓ Für die Förderung der freiwilligen Ausreise geben wir 40 Mio. Euro zusätzlich
- ✓ Den Verbraucherschutz im Energiebereich stärken wir mit 1,5 Mio. Euro
- ✓ Die Bundeszentrale für Politische Bildung erhält zusätzlich 3 Mio. Euro.

SPD kämpft für zielgenaue Entlastung der Kommunen

Bund und Länder haben im Sommer darauf verständigt, dass der Bund seine finanzielle Unterstützung für Länder und Kommunen bei den Kosten der Integration erhöht. Diesen Beschluss haben wir in dieser Woche nun gesetzlich umgesetzt: Von 2016 bis 2018 erhalten die Länder jährlich zusätzlich 2 Milliarden Euro als Integrationspauschale. Darüber hinaus werden die Mittel für die soziale Wohnraumförderung für die Jahre 2017 und 2018 erneut um 500 Millionen Euro erhöht.

Bestandteil des Gesetzes ist zudem die Umsetzung der bereits im Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Milliarden ab 2018. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens mit aller Kraft dafür gekämpft, dass diese Mittel in vollem Umfang unmittelbar den Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Auch haben wir uns dafür eingesetzt, den Verteilungsschlüssel so auszugestalten, dass insbesondere finanzschwache Kommunen profitieren. Dazu sollten unter anderem die Kosten der Unterkunft im Verteilungsschlüssel stärker berücksichtigt werden. Hiergegen hat sich unser Koalitionspartner jedoch gesperrt.

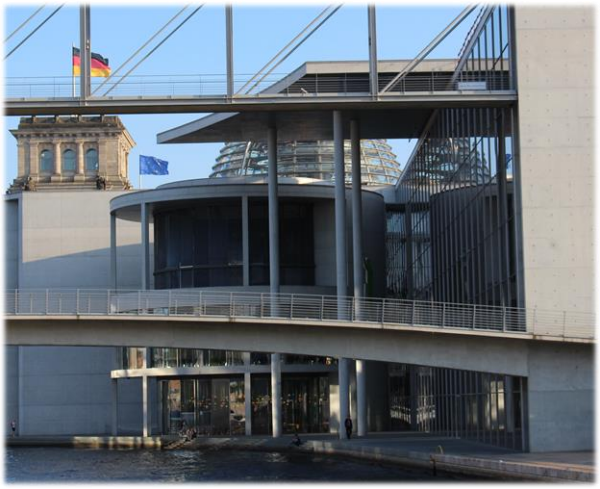
Blick nach vorne

Deutschland befindet sich noch immer in einer positiven Konjunkturphase. Die Steuereinnahmen wachsen nach wie vor. Für 2017 hat die aktuelle Steuerschätzung Mehreinnahmen des Bundes von 3,8 Mrd. Euro ergeben. Allerdings wird durch die immense Entlastung der Länder und Kommunen, die wir in den vergangenen Jahren beschlossen haben, das Stück des Bundes am wachsenden Steuerkuchen immer kleiner. Das wird natürlich dann ein Problem, wenn die Anforderungen an den Bund stetig wachsen.

Für das nächste Jahr sind die Risiken für den Haushaltsvollzug überschaubar, auch weil wir erneut auf die Haushaltsüberschüsse vergangener Jahre zurückgreifen können. Darüber hinaus ist der immer wieder erwartete Zinsanstieg noch nicht absehbar, auch das hilft uns im nächsten Jahr. Wir gehen davon aus, dass das Finanzministerium alle Möglichkeiten nutzt, das Zinsniveau für den Staat möglichst langfristig zu sichern. Schließlich ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt stabil, die Beschäftigung wächst nach wie vor.

Dass dieses Umfeld in den kommenden Jahren fortbesteht, kann man nicht einfach so voraussetzen.

Bereits für 2018 hat die aktuelle Steuerschätzung die Einnahmen des Bundes um 2,5 Mrd. Euro nach unten korrigiert. Viele aktuelle Gesetze zur Entlastung von Ländern und Kommunen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Deshalb müssen wir darauf achten, dass der Bund seine Haushaltslage nicht immer weiter strukturell verschlechtert. Wie klein der Spielraum im Bundeshaushalt zukünftig ist, sieht man an den Plänen von Finanzminister Schäuble, den Haushaltsausgleich 2018 nur durch eine globale Minderausgabe von fast 5 Mrd. Euro zu schaffen. Mit der Einigung zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen werden die Länder darüber hinaus ab 2020 mit rund 10 Mrd. Euro dauerhaft entlastet. Der finanzielle Spielraum des Bundes wird sich mittelfristig daher weiter verringern. Alle sind gut beraten, angesichts dieser Entwicklung mit Versprechen für die Zukunft vorsichtig zu sein.



Im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen steht auch das Thema Bundesfernstraßengesellschaft auf der Tagesordnung. Hier ist unsere Haltung eindeutig: Mit der SPD ist eine Privatisierung der Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen nicht zu machen. Wir wollen das 100prozentige Eigentum des Bundes erstens an den Straßen und zweitens an der geplanten Gesellschaft jeweils im Grundgesetz festschreiben und die Gesellschaft dann als Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) errichten.

Keine Privatisierung von Fernstraßen mit der SPD!

Bund und Länder haben sich bei der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen auch auf eine Reform der Bundesauftragsverwaltung bei Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen verständigt.

Die Einigung enthält auf Druck der SPD die eindeutige Maßgabe: Keine Privatisierung der Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen! Die Änderung des Grundge-setzes muss daher eine doppelte Privatisierungsbremse umfassen, die sicherstellt, dass nicht nur die Infrastruktur selbst, sondern auch die neue Infrastrukturgesellschaft unveräußerliches Eigentum des Bundes bleibt. Eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung Privater an der Infrastrukturgesellschaft des Bundes lehnt die SPD-Bundestagsfraktion ab.

Gedankenaustausch mit unserer Gewerkschafts-familie

Ganz herzlich begrüßte ich in dieser Woche die Kollegen Frederik Moch und Harm-Berend Wiegmann vom DGB Bundesvorstand (Abteilung Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik) zum Gespräch. Wir tauschen uns unter anderem über Gute Arbeit, Energie, Altersarmut und Rente aus. Fürs nächste Jahr sind weitere Gespräche angedacht. Ich freue mich drauf!

Martin Schulz kandidiert für den Bundestag

In dieser Woche hat Martin Schulz, zurzeit Präsident des Europäischen Parlaments, bekannt gegeben, dass er im kommenden Jahr für den Deutschen Bundestag kandidieren wird. Die Menschen schätzen Martin Schulz als einen engagierten Streiter für soziale Gerechtigkeit und das vereinte, starke und soziale Europa. Dafür wird Martin auch im Bundestag weiterhin stehen und daher freue ich mich ihn als Kollegen in der NRW-Landesgruppe zu begrüßen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Familie einen frohen ersten Advent! Genießen sie diese besondere Zeit des Jahres im Kreise Ihrer Lieben mit der Vorfreude auf das Weihnachtsfest.

Ihr